

DIE LINKE.Kreistagsgruppe, Siegburg, Mühlenstr. 46, 53721  
Siegburg

Herrn Landrat  
Dr. Frithjof Kühn  
Wilhelmplatz 1  
53721 Siegburg

**Michael Otter**  
Mitglied des Kreistages  
Mühlenstr. 46  
53721 Siegburg  
Telefon 02241 / 1694863

[dielinke@otter-depiereux.de](mailto:dielinke@otter-depiereux.de)  
[www.dielinke-rhein-sieg.de](http://www.dielinke-rhein-sieg.de)

Siegburg, den 18.10.2010

## **Antrag zur Optionskommune Allgemeine Forderungen**

Sehr geehrter Herr Landrat,

für die Sitzung des Kreistages stellt die Kreistagsgruppe DIE LINKE zum TO Neuregelung SGB II folgenden Antrag.

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung sicherzustellen:

- 1) Qualifizierungsmaßnahmen, Beratung und Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt müssen für alle Erwerbslosen möglichst aus einer Hand erfolgen und auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Jobsuchenden und den regionalen Arbeitsmarkt zugeschnitten sein. Hier hat die Agentur für Arbeit die eindeutige Kompetenz. In der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen darf der Arbeitsmarkt nicht an den Kommunalen Grenzen enden.
- 2) Eine bessere Betreuung und Förderung der Arbeitslosen ist nur durch einen besseren Betreuungsschlüssel zu erreichen.
- 3) Es muss verhindert werden, dass kommunale oder den Kommunen nahestehende Träger die Gelder der Arbeitsmarktpolitik abgreifen.
- 4) Ein überregionaler Arbeitsmarktausgleich muss sichergestellt sein. Dieses erfordert ein gut organisiertes und qualitativ hochwertiges überregionales Netzwerk. Der Vorteil einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung mit der bundesweit einheitlich und durchgängig vernetzten Bundesagentur muss genutzt werden.
- 5) Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, sie darf nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.
- 6) Die Einführung der Aufklärungspflicht seitens des Job-Center/der ARGE sehen wir als eine Selbstverständlichkeit an.
- 7) Die Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit darf nur auf Grundlage eines medizinischen Gutachtens erfolgen. Im Optionsmodell ist dieses nicht mehr vorgesehen!
- 8) In der Trägerversammlung (Modell Gemeinsame Einrichtung/Job-Center) muss ein Sitz für ein/e Vertreter/in des Erwerbslosenforums vorgesehen werden, ebenso in allen geplanten Beiräten (z.B. Beirat für Eingliederungsmaßnahmen).
- 9) Den Ausbau der Kinderbetreuung, gerade auch für Alleinerziehende, sehen wir als zwingend an.

**Begründung:**

Ungeachtet der Frage, ob als Modell das Optionsmodell oder die gemeinsame Einrichtung/Job-Center gewählt wird, muss das Ziel sein, die Lage der Betroffenen zu verbessern.  
Zu diesem Zweck stellt Die Linke im Kreistag den vorliegenden Antrag mit Maßnahmen, die im Einzelnen die Situation der Betroffenen verbessern soll.

Mit sozialistischen Grüßen

Michael Otter  
(Mitglied des Kreistages)